Dokumente zur Einheit der Grazer Marxisten-Leninisten

Am 29./30. 5. 1976 beschlossene Resolutionen von KB und KG Graz

KOMMUNISTISCHER BUND KB GRAZ

Impressum: Klassenkampf Sondernummer,
Eigentümer, Herausgeber, Verleger: KB GRAZ
f.d.Inhalt verantwortlich: Gerald Musger
alle: Griesplatz 36, 8020 Graz . Druck: Herreng.5

I N H A L T

Vorwort .... Seite 4

Resolution zum wirtschaftlichen
Kampf .... Seite 6

Resolution zur Politik der
Aktionseinheit .... Seite 10

Resolution zum demokratischen
Kampf .... Seite 13

Resolution zum gewerkschaftlichen
Kampf .... Seite 19

Resolution zur Entwicklung des
Linienkampfs im alten KB Graz und
zu den nächsten Aufgaben der Grazer
Marxisten-Leninisten im Parteiaufbau .... Seite 22

Die Aufgaben der Grazer Marxisten-
Leninisten bei der Vorbereitung der
Gründung der nationalen Organisation .... Seite 29

VORWORT

Seit im Dezember 1975 mehrere Mitglieder des Kommunistischen Bundes Graz aus diesem ausgetreten waren und zusammen mit einigen Genossen aus der Marxistischen Studentenorganisation (MSO) die Kommunistische Gruppe Graz bildeten, gab es in Graz 2 marxistisch- leninistische Organisationen, den KB-Graz und die KG-Graz.
Der Rechtsopportunismus und das Kapitulantentum, sowie der Zentrismus, der die Duldung und Aussöhnung mit dem Rechtsopportunismus predigte, hatten zur politisch-ideologischen und schließlich auch zur organisatorischen Splatung der Marxisten-Leninisten in Graz geführt und die Einheit der Grazer Marxisten-Leninisten auf richtiger Grundlage verhindert.

Die Spaltung in KB-Graz und KG-Graz fand statt in einer Situation, in der die KBs und die KG-Klagenfurt bereits beschlossen hatten, auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms, einer taktischen Resolution und eines Statuts eine nationale marxistisch- leninistische Organisation zu schaffen.
Im Interesse der Schaffung bestmöglicher Voraussetzungen für die Gründung einer solchen Organisation war es daher dringend notwendig, alle wirklichen ML in Graz auf einer richtigen politischen Grundlage in einer einzige Organisation zusammenzuschließen und die organisatorische Trennung vom Opportunismus zu vollziehen.

Auf der Linzer Konferenz am 6./7. März in wurde daher beschlossen :
" Der KB-Linz, der KB-Salzburg/Hallein, der KB-Tirol, der KB-Wien und die KG-Klagenfurt halten es für zweckmäßig, wenn die beiden Grazer Organisationen auf der Grundlage zur Herstellung der Einheit der Grazer Marxisten-Leninisten verbindliche Festlegungen zu den Fragen :
- der internationalen und nationalen Klassenkampfsituation
- der Arbeiterforderungen
- des Kampfs um Demokratie
- der Aktionseinheitspolitik
- der Herstellung der Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse
- des Wegs im Parteiaufbau und der nächsten Schritte auf diesem Weg

treffen"

Heute gibt es wieder eine einzige ml Organisation in Graz .
Am 29./30. Mai 1976 fand eine gemeinsame Versammlung aller Mitglieder und Kandidaten des KB-Graz und der KG-Graz statt .
Auf dieser Versammlung wurden die in dieser Broschüre abgedruckten Resolutionen beschlossen. Als Festlegung zur Einschätzung der internationalen und nationalen Klassenkampfsituation wurde der diesbezügliche Abschnitt im Rechenschaftsbericht der Leitung des KB-Wien an die 2 ordentliche Delegiertenkonferenz, sowie die Im Kommunist. 2/76 abgedruckte Resolution der 2. Dk des KB-Wien "Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs" verabschiedet.
Diese Festlegungen und Resolutionen wurden in ihrer Gesamtheit als politische Plattform für den Zusammenschluß aller wirklichen Marxisten-Leninisten in Graz einstimmig beschlossen.

Graz, 11.6.1976 Leitung des KB-Graz

UNSER EINGREIFEN IN DEN WIRTSCHAFTLICHEN KAMPF DER ARBEITER UND DER KAMPF UM ARBEITERRECHTE (RESOLUTION ZUM WIRTSCHAFTLICHEN KAMPF)

Der wirtschaftliche Kampf gegen die Kapitalisten und die Kapitalistenklasse ist das erste und elementarste Kampfgebiet, auf das die Arbeiter gestoßen werden durch den täglichen Gang der kapitalistischen Produktionsweise. Der wirtschaftliche Kampf ist unabdingbar zur Sicherung der Arbeits-und Lebensbedingungen und damit zugleich der Kampfbedingungen, denn eine physisch und psychisch degradierte Arbeiterklasse hat kaum die Kraft, den Kapitalisten entgegenzutreten und den Klassenkampf zu führen. Der wirtschaftliche Kampf ist auch eine Massenschule des Klassenkampfs, wo die breitesten Arbeitermassen Kampferfahrungen sammeln, wo sie lernen, sich zusammenzuschließen und zu organisieren, wo sie wesentliche Fähigkeiten und Eigenschaften entwickeln, die sie brauchen für den Klassenkampf und die Revolution. Deshalb ist der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter im Betrieb, in den Dreh-und Angelpunkten der Gesellschaft, die Grundlage jeder wirklichen revolutionären Massenbewegung. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiter auch im wirtschaftlichen Kampf zu führen und den wirtschaftlichen Kampf mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verbinden.

Von größeren Fortschritten in den letzten eineinhalb Jahren in Bezug auf die oben dargelegten Aufgaben kann man nicht sprechen außer bei den Lehren, die wir aus unserem Eingreifen in die Metaller-KV-Verhandlungen (75/76) gezogen haben. Aber gerade dabei kommt der im KB fast zwei Jahre lang gepflegte Zustand zum Vorschein, dem Lohnkampf der Arbeiterklasse nur dann eine Bedeutung in unserer Agit-Prop zuzumessen, wenn gerade die jährlichen KV -Verhandlungen vor der Türe stehen. Die letzten Flugblätter vor der Spaltung, die den Lohnkampf behandelten, erschienen im Frühsommer 1974. Und sie beschäftigten sich nicht zufällig mit Lohnverhandlungen in einem Betrieb. Nicht zufällig deshalb, weil man daran sieht, daß der KB die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, den Kampf um den Reallohn zu führen, selbständig nicht oder nicht mehr sah, sondern nurmehr in Situationen, wo die Frage von selbst aufgeworfen ist, wie bei den KV-Verhandlungen, kommentierend die Verteidigung des Reallohns auf seine Fahnen schrieb-wenn es überhaupt dazu kam, solche Verhandlungen aufzugreifen.
Nicht herausgearbeitet wurde so, daß die Kapitalisten in der Krise die Ausbeutung ungeheuer verschärfen, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Folge der Krise ist. Wird das erkannt, dann ist ganz klar, daß die Arbeiterklasse sich in erster Linie im Kampf gegen die zunehmende Ausbeutung zusammenschließen muß. Denn indem sich die Arbeiter-in erster Linie jene, die in der Produktion stehen-hinter Schutzfo rderungen gegen die Arbeitslosigkeit zusammenschließen, leisten sie einen wichtigen

Beitrag, die Spaltung zwischen Kollegen, die Arbeit haben und Kollegen, die arbeitslos sind, zu überwinden, diese Spaltung, die ja den Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse erschwert.

Den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, der heute natürlich besonders wichtig ist, können die Arbeiter nicht erfolgreich führen, ohne ihn zu verbinden mit den Kampf um den Reallohn. Nur wenn wir unsere wirtschaftliche Agit-Prop und Organisierungsarbeit künftig davon leiten lassen, werden wir die Arbeiter in richtiger Weise nicht nur in einzelnen Teilfragen von der Richtigkeit der Ansichten und Vorschläge der Kommunisten überzeugen, sondern auch von der Notwendigkeit der Abschaffung des ganzen Lohnsystems.

Notwendig ist dazu allerdings nicht nur, daß wir selbst einen Überblick haben über die Situation im Klassenkampf und unsere Aufgaben, sondern daß wir auch lernen, die Lage im Betrieb als Ganzes einzuschätzen, die Hauptfragen für die Arbeiter herauszufinden, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen und uns so eine solide Basis für eine systematische, zielstrebige und beharrliche betriebliche Agitation zu schaffen und uns und den Arbeitern ausgehend von der gesamten politischen Lage im Klassenkampf einen Überblick zu geben über die betrieblichen Verhältnisse, unter denen sie arbeiten und kämpfen. Notwendig ist, daß wir die Kräfteverhältnisse besser und genauer einschätzen lernen und auf dieser Grundlage Kampfperspektiven ausgehend von den Meinungen und Haltungen der Arbeitermassen und nicht an ihnen vorbeientwickeln. Lernen müssen wir es dabei, den Arbeitern eine konkrete Taktik vorzuschlagen, wie der Kampf zu führen ist und insbesondere, diese Taktik entsprechend der Änderung der Bedingungen und Verhältnisse zu ändern. Das setzt voraus, daß wir uns selbständig einen Überblick verschaffen über die Meinungen der Arbeiter und deren Entwicklung und über die Haltung der verschiedenen politischen Kräfte, insbesondere der Vertretungsorgane.
Geschehen kann das aber nur, wenn unsere Organisation festhält an der kontinuierlichen Agitation und Propaganda an den Betrieben zu allen wichtigen Fragen des nationalen und internationalen Klassenkampfs.
Beim Eingreifen oder Initiieren von wirtschaftlichen Kämpfen im Betrieb-ganz gleich welcher Art-müssen wir uns, ebenso wie in den politischen Kämpfen davor hüten, nur den Kampf an sich zu propagieren, statt vor allem Klarheit über die Bedingungen des Kampfes zu schaffen und auf die Konsequenzen jedes Kampfs für die Kampfkraft der Arbeiter zu achten. Wir wollen ja nicht, daß die Arbeiter sich überhaupt rühren, egal wofür und wie, sondern es kommt und darauf an, ihre Kampfposition zu stärken. Eine Niederlage ist nicht so schlimm, wenn die Arbeiter erkennen, was die Gründe der Niederlage sind, welche Politik zum Sieg und welche zur Niederlage führt.

Eine große Bedeutung im Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten haben Arbeiterschutzforderungen wie nach Verbot der Über-

stundenarbeit,Abschaffung des Akkords, Siebenstundentag,acht Wochen Urlaub usw..
Diese Forderungen zielen darauf ab,die Arbeiterklasse vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren und sie besser zu befähigen,den Klassenkampf zu führen.Der Kampf gegen konkrete Anschläge der Kapitalisten unter der Perspektive dieser Forderungen zu führen ist das einzig richtige,denn diese Forderungen zielen ab auf die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiter.Die Spaltung der Arbeiter durch Akkord,Überstundenschinderei,Einarbeiten oder Nacht-und Schichtarbeit kann man nicht auf dem Boden des Akkords,der Überstundenschinderei, des Einarbeitens oder der Nacht-und Schichtarbeit entgegentreten. Einheit,Selbständigkeit,Vertrauen auf die eigene Kraft und Organisation sind aber das wichtigste für die Arbeiter,das einzige, was sie letzlich den Kapitalisten entgegenzusetzen haben.
Deshalb sind diese Forderungen auch das einzig Realistische, denn realistisch für die Arbeiter ist es nur,auf die eigene Kampfkraft zu bauen,im Tageskampf genauso wie im Kampf um den Sozialismus.
Die Arbeiterforderungen gehen also aus vom Standpunkt des Klassenkampfs.Dagegen machten und machen wir noch manchmal den Fehler,sie ausschließlich vom Standpunkt der unmittelbaren Verbesserung der materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen zu stellen.Das ist der Fall,wenn wir gegen den Akkord sind nur wegen der Antreiberei,die er bedeutet ,und nicht auch und in erster Linie deswegen,weil das Akkordsystem das wichtigste Spaltersystem ist, das die Kapitalisten in der Organisation der Produktion einsetzen. Wenn wir gegen die Überstunden nur sind wegen der Schinderei,die sie bedeuten,und nicht auch und in erster Linie,weil Überstunden den Arbeitern einen"individuellen"Ausweg aufdrängen,sie spalten und vom Kampf abhalten.Wenn wir gegen die gleitende Arbeitszeit oder gegen die Nacht-und Schichtarbeit nur aus Gründen der unmittelbaren Arbeitsbedingungen auftreten,usw.usf.. Das ist genauso falsch wie wenn z.B.lineare Lohnforderungen von uns vor der Spaltung nur oder hauptsächlich nur so begründet wurden,daß die Teuerung alle gleich trifft (weshalb das Wichtigste dabei dann meist der genaue Beweis in Schilling und Groschen war,wieviel der Reallohn in einer bestimmten Zeit gesunken ist),und nicht oder nicht hauptsächlich so,daß sie am besten einen einheitlichen Kampf ermöglichen.
Macht man diesen Fehler und stellt man Arbeiterforderungen "unabhängig" vom Klassenkampf,dann stellt man sie reformistisch. Dann erscheinen diese Forderungen natürlich als utopisch und mehr oder weniger realistisch,aber nicht als aktuelle Kampfperspektiven.Damit sie das werden,müssen wir den Arbeitern den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse klarmachen,und daß der Klassenkampf der einzige Weg ist,den die Arbeiter gehen können.
Daß daher richtig ist,was ihre Kampfkraft stärkt,und daß

gerade die Arbeiterforderungen die Stärkung der Kampfkraft ermöglichen,die zu ihrer Durchsetzung erforderlich ist.
Es ist auch heute notwendigerweise so, daß sich in den Betrieben spontane Kämpfe und Forderungen entwickeln, z.B.Kämpfe zur Verhinderung einer Akkordverschärfung,gegen eine schlechte Einarbeitungsregelung usw.,die den Verhältnissen,aus denen sie sich entwickeln,selbst noch verhaftet bleiben.
Die Kommunisten dürfen dem gegenüber keinen sektiererischen Standpunkt einnehmen der Art,daß sie es "prinzipiell" ablehnen, für solche Forderungen zu kämpfen,deren Verwirklichung nicht sofort die Abschaffung dieser Bedingungen bedeutet.Vielmehr ist es richtig,für Forderungen einzutreten,die unter den jeweiligen konkreten Bedingungen den Kampf überhaupt erst ermöglichen, die die Einheit der Arbeiter stärken und die ihn zu einem praktischen Schritt in Richtung der entgültigen Beseitigung der Akkord-und Überstundenarbeit,der Verwirklichung der 35-Stundenwoche,des 8-Wochenurlaubs usw. werden lassen.Unsinnig und sektiererisch war es z.B.,die Forderung nach acht Wochen Urlaub der Unterstützung der Forderung nach vier Wochen Urlaub entgegenzustellen,statt den Kampf um die Durchsetzung des vierwöchigen Urlaubs richtig zu führen,statt generell in solchen Kämpfen die Klarheit über die Notwendigkeit der vollständigen Verwirklichung der Arbeiterforderungen zu verbreiten.

Der Kampf gegen Lohnraub und Arbeitshetze und für Arbeiterschutzforderungen hinsichtlich Akkord,Überstunden,Nacht-und Schichtarbeit usw.muß verbunden werden mit dem Kampf für Schutzforderungen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit.Konfrontiert mit dem Problem der Arbeitslosigkeit (verstärkt durch die prekäre Lage in der Steiermark) haben wir dieses Problem zwar aufgegriffen,aber falsch.Wir haben nur ungenügend beachtet und gezeigt,daß sowohl Arbeitshetze und Rationalisierung,als auch Arbeitslosigkeit sich notwendig aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ergeben,daß der Kampf gegen beides aufs engste miteinander verbunden ist.Früher wurde oft der Fehler gemacht, der noch nicht völlig überwunden ist,wie gebannt auf das drohende Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu starren und dem nur die Schutzforderung für den Fall der Arbeitslosigkeit gegenüber zu stellen.

Entscheidend ist insgesamt auch für Forderungen beim Eingreifen in den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter,unsere politische Arbeit zu einem Ganzen zu machen und überall vom umfassenden Klassenkampf auszugehen.

DIE POLITIK DER AKTIONSEINHEIT RICHTIG ANWENDEN!
(RESOLUTION ZUR POLITIK DER AKTIONSEINHEIT)

Im Kampf für den Sozialismus muß die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes hergestellt werden. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind heute politisch und ideologisch weitgehend an die Kapitalistenklasse gebunden, was seinen Ausdruck in der Spaltung der Arbeiterklasse und der anderen Teile des Volkes durch eine Vielzahl von bürgerlichen Parteien und Organisationen findet, denen die Einheit der Volksmassen ein Dorn im Auge ist, weil sie den selbständigen Kampf der Massen fürchten.
Um die Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu befördern, muß die Waffe der Aktionseinheitpolitik eingesetzt werden. Die Politik der Aktionseinheit eine Grundfrage kommunistischer Taktik, ist für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und für die Herstellung der Einheit des Volks gegenüber dem bürgerlichen Staat von großer Bedeutung.
Die Politik der Aktionseinheit besteht darin, daß die Kommunisten versuchen, möglichst breite Massen in den Kampf um ein bestimmtes Teilziel einzubeziehen, mit Vorschlägen zu Aktionen, die gut geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Sie können dabei davon ausgehen, daß die Massen die Einheit für bestimmte Ziele wollen. Den Kommunisten kommt es dabei darauf an, die Spaltung der Volksmassen durch bürgerliche Parteien und Organisationen zu durchlöchern.
Sie müssen danach trachten, die Massen in dieser Aktion dem Einfluß der bürgerlichen Vereinigungen zu entziehen, um sie gegen den Willen ihrer bürgerlichen Führer zur Teilnahme an einer gewissen Aktion zu bewegen oder die Führungen dieser Vereinigungen dazu zu bringen, den Kampf für ein bestimmtes Teilziel auf der Grundlage einer richtigen Minimalplattform zu unterstützen. Auch dies schwächt den Einfluß jener bürgerlichen Vereinigungen auf ihre Mitgliedermassen.
Breite Massen in die aktive Auseinandersetzung einzubeziehen - darauf kommt es also an. Denn nur im praktischen Kampf werden die Massen mit den verschiedenen politischen Strömungen und der Haltung der Führungen verschiedener bürgerlicher Organisationen und natürlich auch revolutionären Organisationen zu den sozialen Verhältnissen Erfahrungen sammeln und ihre Lehren ziehen.

Um die Politik der Aktionseinheit richtig anzuwenden, müssen wir Klarheit geschaffen haben, um welches Ziel es in einer Auseinandersetzung geht, welche Forderungen und Aktionsformen in einer bestimmten Situation die richtigen sind, wer zu bekämpfen ist und wer zu gewinnen ist. Es müssen also ausreichende und einheitliche

Minimalforderungen vorgeschlagen werden, die am besten die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse für ein richtiges Ziel und gegen den richtigen Feind herstellen können.

Das Entscheidende bei unserem gesamten Vorgehen ist, daß wir uns auf die Massen stützen. Wir unterbreiten in erster Linie den Massen einen Vorschlag und wollen sie für unseren Vorschlag gewinnen.
Gleichzeitig richten wir ein Aktionseinheitangebot an die Führungen bestimmter Organisationen. Beides dient dem Zweck, die Massen zu mobilisieren. Gelingt es uns, die Massen auf einer richtigen Grundlage in Bewegung zu bringen, dann sehen sich die Führungen diverser bürgerlicher Organisationen eher gezwungen mitzumachen. Das ist gut für einen bestimmten Kampf. Machen sie nicht mit, müssen wir versuchen, möglichst breite Teile der von ihnen beeinflußten Massen trotzdem für den Kampf zu gewinnen und die Auseinandersetzung über Anspruch und reale Praxis der betreffenden Organisationen unter den Massen fördern.
Nicht kann es uns darum gehen, in erster Linie irgendwelche Bonzen oder Parteiführer zu entlarven, sondern unser Ziel muß es sein, die Einheit der Massen für die Ziele der Arbeiterklasse herzustellen. Wenn wir in der Aktionseinheit eine Minimalplattform vorschlagen, dann lassen wir und nicht die Hände binden, die weitergehenden Ziele der Arbeiterklasse zu vertreten noch hindern wir eine andere Organisation daran, ihre Ziele zu propagieren. Die breitesten Darlegungen der verschiedenen Ziele fördert die Auseinandersetzung unter den Massen und schließlich die Durchsetzung der richtigen Linie, da ja die Massen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen entscheiden lernen, wer sie in die richtige Richtung führt und wer in die falsche.

In der ersten Zeit seines Bestehens machte der KB Graz vor allem in der internationalistischen Unterstützungsarbeit Erfahrungen in der Aktionseinheitspolitik. Dabei sind wichtige Erfahrungen bei der Aufstellung einer korrekten Minimalplattform gesammelt worden. Das erste mal breit zu einer Aktionseinheit aufgerufen haben wir aus Anlaß der Erhöhung der kommunalen Tarife im Winter 1974/75. Zum ersten Mal versuchten wir ernsthaft eine Aktionseinheit auch von unten aufzubauen. Richtigerweise hatten wir vorher den Massen den Vorschlag zur Einheit gegen die Erhöhung der Tarife durch die Gemeinde gemacht und unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß die Massen diese Einheit wollten.
Falsch war, daß wir uns bei diesem Angebot an die Massen nicht in erster Linie an das Industrieproletariat gewandt hatten, sondern ein Kampagnenunwesen in der Stadt entfalteten.
Falsch war auch, daß wir nachdem die Verhandlungen mit den anderen Organisationen gescheitert waren, darauf verzichteten, die Haltung der verschiedenen Organisationen zu unserem Angebot zu erläutern und in der Folge überhaupt die Orientierung aufgaben, die Massen zu einem aktiven Auftreten gegen die Erhöhung der Tarife der Gemeinde zu mobilisieren.

Bei der GVB-Tariferhöhungen Anfang 1976 machten die Grazer Kommunisten weitere Erfahrungen in der Aktionseinheitspolitik.

Die Notwendigkeit,sich zu allererst mit einem Vorschlag an die Massen zu wenden,wurde nach anfänglichen Fehlern klar erkannt. Zurückgewiesen wurden auch Tendenzen,die darauf hinausliefen,den Reformisten und Revisionisten bei der Aufstellung der Minimalplattform unzulässige Zugeständnisse zu machen,damit "man nicht von der Bewegung abgespalten und hinausgedrängt wird."

Bei den Versuchen,eine Aktionseinheit der Massen zu einer Demonstration gegen die Minderheitenpolitik der Regierung aufzubauen, zeigte sich wie bei den Aktionseinheitsverhandlungen und bei den Bemühungen,eine Aktionseinheit gegen die GVB-Tariferhöhungen aufzubauen,daß wir noch arge Schwächen beim Aufbau der Aktionseinheit von unten haben.D.h.,daß wir z.B. noch zu wenig in organisierte Menschenzusammenfassungen hineinwirken,um dort den Meinungsbildungsprozeß organisiert voranzutreiben.Dieser Mangel bringt natürlich mit sich,daß wir die Führungen der Organisationen erst beschränkt unter Druck setzen können.
Nicht richtig ist es,die Durchführung bestimmter Aktionen von der Zustimmung der Führungen bürgerlicher Organisationen abhängig zu machen.Denn dann gehen die Kommunisten nicht mehr davon aus, in welchen entscheidenden Fragen des Klassenkampfes sie den Zusammenschluß der Massen befördern müssen,sie geben die Initiative aus der Hand und machen sich zum Anhängsel bürgerlicher Organisationen und deren Führer.Ihr Aufruf zu einer Aktionseinheit an die Massen wird somit höchst unglaubwürdig und es wird ihnen unmöglich sein,die Massen in verschiedene Auseinandersetzungen einzubeziehen und sie anzuführen.
Wichtig wird es in Zukunft auch sein,die aufbrechenden Widersprüche in den bürgerlichen Organisationen besser zu verfolgen und sie auszunutzen.Wir müssen auch verstärkt an die Basisorganisationen der bürgerlichen Parteien und Organisationen herantreten.

UNSERE POLITISCHE LINIE IM KAMPF UM POLITISCHE RECHTE IST DER KAMPF UM DEMOKRATIE (RESOLUTION ZUM DEMOKRATISCHEN KAMPF)

Die politische Linie,auf der wir die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes eingreifen müssen,ist der demokratische Kampf.Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für die soziale Revolution,für die Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse.Es geht daher darum,daß die Arbeiterklasse sich und das ganze Volk dem bürgerlichen Staat gegenüberstellt und im Kampf Kräfte sammelt für den Sturz dieses Staates.Das ist das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse in Österreich.Um an die Verwirklichung dieses Zieles heranzukommen,streben wir an,die politischen Volkskämpfe zu bewußt gegen die bürgerliche Staatsmacht geführten Kämpfen zu machen sowie den politischen Kampf so zu führen,daß er auf den Punkt zustrebt,wo der Kampf um Rechte umschlägt in den Kampf um die politische Macht.Nur wenn wir in jedem Teilkampf der Perspektive der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse harausarbeiten,können die Massen lernen,sich konsequent der bürgerlichen Staatsmacht entgegenzustellen und sich solche Einsichten und Fähigkeiten erwerben,die sie brauchen zum Ansturm gegen den bürgerlichen Staat und zum Aufbau der neuen sozialen Ordnung.
Das wichtigste in diesen Kämpfen ist,daß das Volk beginnt, sich gegen den bürgerlichen Staat demokratisch zusammenzuschließen und gegen den Staat Rechte geltend zu machen und in Anspruch zu nehmen.

Die Linie des Kampfes um die revolutionäre Demokratie findet ihren wichtigsten Ausdruck in den im Programmentwurf dargelegten demokratischen Forderungen,die frontal gegen die politische Herrschaft der Bourgeoisie,gegen die bürgerliche Staatsmacht gerichtet sind,sie in Frage stellen und die Formen der proletarischen Staatsmacht,nämlich breiteste Demokratie für das Volk,ins Blickfeld rücken.

Seit dem Sommer 74 wurde im KB Graz die Tatsache allgemein anerkannt,daß die Arbeiterklasse den politischen Kampf gegen die Bourgeoisie führen muß und daß der politische mit dem wirtschaftlichen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf verbunden werden muß.Diese wichtige Einsicht und ihre Konsequenzen für die Politik des KB,zu versuchen,in verschiedene politische Bewegungen (Gössendorf,Großschädl,Landtagswahlen,Fernverkehr am Bahnhofsgürtel, Abtreibungsparagraph,Tariferhöhungen 1974/75) auf der Linie des demokratischen Kampfs einzugreifen,waren verbunden mit mehreren Fehlern und Abweichungen,deren hauptsächliche darin bestehen,den Klassenkampf nicht umfassend zu verstehen und zu

führen und weiters darin,daß unsere Einschätzung der politischen Lage und Entwicklung des internationalen und nationalen Klassenkampfs bruchstückhaft und beschränkt war.Hinzu treten offen rechte Fehler in der Frage des Kampfes um Demokratie,die darauf hinauslaufen,ihm seine revolutionäre Spitze zu nehmen,ihn hinunterzubringen auf ein Gejammer über undemokratische Zustände und die es oft erschwert haben,überhaupt Aktionen zu setzen.
Auf dieser Grundlage war unser Eingreifen in den politischen Kampf von vornherein von schwerwiegenden Mängeln gekennzeichnet, die sich darin äußern,daß wir verschiedene Aufgaben,die sich aus der internationalen und nationalen Lage ,ergeben,nur sehr beschränkt oder gar nicht wahrgenommen haben.Die Frage der Außenpolitik (einschließlich der internationalen Wirtschaftspolitik) Österreichs,der Militärpolitik und der gesamten Politik angesichts der Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte,haben wir bisher praktisch vollständig der Bourgeoisie überlassen,statt ihrauch hier wie in allen politischen Angelegenheiten entgegenzutreten,zur Förderung des Klassenkampfes und zur Schaffung bester Bedingungen für seine Entfaltung.Auf der internationalen Ebene haben wir weder die Bedeutung des Beitritts Österreichs zur IEA erkannt,weshalb diese Frage in unserer Politik praktisch keine Rolle gespielt hat,noch waren die Beziehungen Österreichs zur EWG und NATO,die Erdgasverträge mit der SU,das Auftreten Österreichs bei der KSZE oder bei verschiedenen UNO-Tagungen Gegenstand unserer Politik, d.h.im allgemeinen von Forderungen,die wir an die österreichische Regierung richten.
Was die politische Entwicklung in Österreich betrifft,so haben wir auch hier in vielen Fragen der Bourgeoisie die längste Zeit das Feld überlassen.Das trifft ebenso auf die Frage der slovenischen, kroatischen und anderen Minderheiten zu,wie auf unser Auftreten gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz und die geringe Rolle, die die Bewegungen unter den Bauern wie auch unter den Schülern, Studenten und Intellektuellen in der Politik des alten KB gespielt haben.

Eine wichtige Abweichung , die in verschiedenen Fragen des demokratischen Kampfs immer wieder auftauchte, ist es, den verschiedenen Bestrebungen und Maßnahmen des Staates, die Entrechtung, Schikanierung und Unterdrückung der Volksmassen voranzutreiben, nur oder hauptsächlich vom Standpunkt des Geldbeutels entgegenzutreten. Der gesamten Politik des Staates angesichts der sich international und national verschärfenden Widersprüche wird dabei n ur oder fast ausschließlich das entgegengehalten, daß diese " Krisenpolitik des bürgerlichen Staates : Steuer-und Tariferhöhungen für das Volk " mit sich bringt (Flugblattitel, Sommer 75) .Aber das ist ja gerade nicht die wichtigste " Auswirkung" dieser Politik für das Volk , gerade nicht die Bedeutung der Sache für die breiten Massen der Werktätigen. Die Bedeutung besteht in der Politik , die der Staat macht, in den einzelnen Maßnahmen, die diese Politik ausmachen und darauf müssen wir daher alle Aufmerksamkeit lenken, wenn wir ihr

wirklich entgegenarbeiten wollen.
Nur so kann auch die Tatsache, daß das Volk diese Politik durch die steigende staatliche Ausplünderung bezahlen soll, überhaupt im richtigen Licht dargestellt, und in richtiger Weise dagegen aufgetreten werden - auf der Linie der revolutionären Demokratie , indem wir eine solche Politik machen, daß sich die Massen gegen den undemokratischen, undurchsichtigen und gegen das Volk gerichteten Charakter des Staates wenden und den Kampf gegen die Steuerausplünderung als Teil des revolutionär- demokratischen Kampfs gegen den bürgerlichen Staat und für seinen Sturz führen.

Ein weiterer Fehler auf der Linie des imperialistischen Ökonomismus, der unsere Politik gekennzeichnet hat und noch immer prägt, besteht darin, der Politik der Bourgeoisie in einer Abfolge von Propagandakampagnen zu verschiedenen wichtigen Fragen entgegenzuarbeiten und darauf zu verzichten, den Massen einen Vorschlag für eine Politik gegen die Bourgeoisie zu machen.

Das war auch einer der Hauptfehler unseres Herangehens an die Frage des Abtreibungsverbotes. Sie wurde erstens nicht gesehen und aufgegriffen als Teil der politischen Reaktion der Bourgeoisie, wo es der Arbeiterklasse daher einmal um die grundlegende FRage gehen muß, wer in den Angelegenheiten des Volkes entscheiden soll : Der Staat oder das Volk - und nicht hauptsächlich um die von allen anderen isolierte Frage des Rechts auf Abtreibung; und daher der konkreten Situation entsprechende Vorschläge gemacht werden müssen, wie das Volk zu seinen Rechten kommt.

Der zweite hauptsächliche Fehler - eine Abweichung nach rechts-bestand darin, in schillernden Farben auszumalen, daß " die Masse der Arbeiterfamilien zu diesem letzten Mittel greifen muß, um Kinder nicht in eine Welt zu setzen, in der sie Not und Elend ausgesetzt sein würden " (Flugblatt Jänner 75). Damit wurden neomalthusianistischen Positionen, die ihren Hauptstützpunkt im Kleinbürgertum haben, nachgegeben. Sie laufen darauf hinaus, die Vorstellung zu propagieren, daß die Arbeiterklasse etwas an ihrer sozialen Stellung verbessern würde, wenn sie auf ihren Nachwuchs verzichten würde. Die revolutionären Perspektiven gehen somit verloren und damit auch der Gedanke der revolutionären Arbeiterklasse, Kinder in die Welt zu setzen, um sie zu erziehen, Fortsetzer der Sache des Kampfes um den Sozialismus zu werden, Mitstreiter für die neue Gesellschaftsordnung und Bauherrn der sozialistischen Gesellschaft.

Damit im Zusammenhang steht der dritte Fehler, nämlich daß der Kampf darüber, daß das Volk in der Frage der Abtreibung entscheiden soll und nicht der Staat, nicht in Verbindung gebracht wird mit den sozialen Verhältnissen, die die Massen vorfinden und jenen, die sie sich erkämpfen müssen. Ständig wurde in drastischen Farben geschildert, wie grausam die kapitalistischen Verhältnisse sind. Die zweite Seite, daß die Arbeiterklasse gerade wegen dieser Verhältnisse insbesondere wegen der

Eine solche Haltung brachte und bringt die Konsequenz mit sich, gegen Versuche anzukämpfen, den Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie als umfassenden politischen Kampf zu führen und ihr in mehr und mehr Fragen den Kampf anzusagen. (Auseinandersetzung um die Herausgabe der KVZ, monatelanger Kampf gegen ihre weitere Herausgabe und für ihre Einstellung ; Kampf gegen das Auftreten zu Chile und zur Kriegsgefahr vor bzw. bei den Nationalratswahlen u.a.m.)
Sie bringt mit sich den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nur als Gegensatz in einzelnen politischen (oder auch ökonomischen) Teilfragen zu begreifen und das Endziel der Arbeiterklasse, den Sozialismus und Kommunismus aus den Augen zu verlieren, nicht das politische Vorankommen der Massen im Auge zu haben, sondern eine scheinbare Milderung der kapitalistischen Zustände über alles zu stellen, die Propaganda gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus zu vernachlässigen oder überhaupt ihre Notwendigkeit zu bestreiten.

All diese Positionen des Rechtsopportunismus stellen Angriffe auf die grundlegende Linie der Kommunisten dar. Diese Angriffe müssen zurückgewiesen werden. Auf der Grundlage einer richtigen Linie muß man die Taktik ausarbeiten :

In welcher politischen Situation, unter welchen Bedingungen, im Zusammenhang mit welchen anderen Erscheinungen und Faktoren, mit welcher Bedeutung im und für den Klassenkampf eine Sache gesehen werden muß - das muß in jedem Fall untersucht werden.

Worum geht es genau ? Worin besteht die Stärke, worin die Schwäche des Gegners? Über welche Reserven verfügt er ? Über welche direkten Reserven verfügen wir ? Was sind die Haupt- und Nebenreserven ? Wie kann man seine Kräfte optimal gruppieren? die Hauptkraft ebenso wie die direkten Reserven ? Welche indirekten Reserven, das heißt Widersprüche im Lager des Feindes, können wir ausnutzen ? Wie können wir sie ausnutzen ? Mit welchen anderen Erscheinungen steht der Kampfgegenstand im Zusammenhang? Was sind die äußeren Bedingungen des Kampfes ? Ohne Untersuchung und Beantwortung dieser Fragen kann man sich weder ernsthaft zum Kampf entscheiden, noch den Kampf führen. Ist bei dieser Untersuchung bereits die bisherige Entwicklung der Dinge von größter Bedeutung, so muß insbesondere während des Kampfes ihre Entwicklung ständig untersucht werden.

Dazu muß allerdings vorweggenommen werden : Die Forderung nach Allseitigkeit der Untersuchung und Einschätzung wurde und wird oft zum Vorwand für den Rückzug aus der Politik unter den Massen genommen, gegen jeden praktischen Schritt der Kommunisten ausgespielt und gegen jeden Vorschlag an die Massen für ein bestimmtes Verhalten.

Eine solche Auffassung der allseitigen Untersuchung ist in jeder Hinsicht falsch : einmal , weil sie die Untersuchungstätigkeit trennt von der Arbeit unter den Massen, von der aktiven Teilnahme am Klassenkampf ohne die eine solche Untersuchung nicht möglich ist. Zum anderen , weil sie die allseitige Untersuchung für eine Projekt hält und ausgibt, daß man eines Tages abgeschlossen haben wird und dann zum Ausgangspunkt der Politik machen kann. (Wozu es nie kommen wird) Demgegenüber müssen wir in dieser Frage die Haltung Lenins einnehmen : " Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und ' Vermittlungen' erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren."
(Lenin : Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins; Werke Bd 32, S.85 , Hervorhebung vom Verfasser).

DER KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFT (RESOLUTION ZUM GEWERKSCHAFTLICHEN KAMPF)

Seit wir unter der Arbeiterklasse Politik machen, haben wir unsere falsche und einseitige Haltung im Kampf um die Gewerkschaft nicht überwinden können. Erst seit Beginn des Jahres, an Hand der Debatte um unser Eingreifen in die Metaller- KV-Runde und der Bemühungen um die Herstellung einer Aktionseinheit gegen die GVB-Tariferhöhungen , konnten wir dieser Haltung erste Schläge versetzen.

Sie besteht im wesentlichen darin, die Bedeutung der Gewerkschaft , des ÖGB , als Faktor, der für die Entwicklung des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie von großer ,entscheidender Bedeutung ist, zu vernachlässigen oder zu ignorieren. Meist war das einzig Gewerkschaftliche, was wir " in Betracht gezogen " haben, die bürgerliche Führung. Die Tatsache, daß ein überwiegender Teil der Arbeiterklasse in der Gewerkschaft organisiert ist und die Gewerkschaft richtiger - weise als seine Interessensvertretung sieht und einsetzen will, daß die Gewerkschaft für die gesamte Arbeiterklasse " eine Schule der Solidarität , eine Schule des Sozialismus" sein muß, das wurde in der Regel praktisch "übersehen" und nicht wirklich in unsere Überlegungen einbezogen, außer daß bei einigen Flugblättern am Schluß angehängt wurde, daß " die Forderungen und Resolutionen von den Vertrauensleuten und Betriebsräten vertreten und an die Gewerkschaftsekretariate weitergeleitet werden sollen. "

Seine Wurzel hat dies hauptsächlich in einem standhaften Beharren auf den Positionen des Propagandazirkels, der die Kämpfe

kommentiert, dabei den Klassenkampf propagiert und sonst nichts. Wirklich führen können die Kommunisten den Kampf um die Gewerkschaft nur, wenn sie vom Kampf um den Sozialismus ausgehend, den wirtschaftlichen Kampf und den politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf verbinden und diese Linie auch in der Gewerkschaft durchzusetzen suchen. Wenn sie in der Bewegung der Arbeiter in den Fragen des Lohns, der Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte die Einheit der Arbeiter bzw. der Arbeiterklasse hinter Forderungen herzustellen suchen, die die selbständigen Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten und der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zur Geltung bringen.

Und sie werden den Kampf um die Gewerkschaft nur richtig führen, wenn sie bestrebt sind, alle Fragen des Klassenkampfes in die Gewerkschaft hineinzutragen.

Wir dürfen nicht - wie es sehr oft unsere Praxis war - in erster Linie die Personen, die falsche und schädliche Ansichten haben, aufs Korn nehmen, sondern ihre Positionen, um auch jene Kollegen, die falsche Ansichten vertreten, durch Überzeugungsarbeit für das Richtige zu gewinnen.

Das gilt auch für Betriebsräte - gerade auch dann - wenn bekannt ist, daß es sich um Klassenversöhnler handelt. Denn nur dann, wenn sich die Kollegen in ihrer Mehrheit durch die eigene Erfahrung davon überzeugt haben, daß der gewählte Vertreter der Arbeiterschaft sich an einer falschen Linie festklammert, werden sie ihn abservieren. Das unter der Voraussetzung, daß eine richtige Linie erkannt ist.

Was wir also lernen müssen, ist, auf allen Ebenen der Gewerkschaft im Bezug auf alle Fragen der gewerkschaftlichen Politik - besonders gerade auch in den Betrieben , in denen wir arbeiten - der bürgerlichen Linie in der Gewerkschaft solche konkreten Vorschläge für die Politik der Gewerkschaft gegenüberzustellen und die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen für solche Forderungen zu gewinnen, die ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen und sich vom Ziel des proletarischen Klassenkampfs leiten lassen. So muß auch der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus geführt werden.

Die "Vorschläge zu den KV-Verhandlungen " (bei den Metall- und Bergarbeitern) waren ein solcher Vorschlag und es war richtig und äußerst notwendig,dafür die Kräfte der Arbeiterklasse gewinnen zu suchen. Aber gerade weil im die Organisation - trotz vereinzelter Versuche in diese Richtung - hauptsächlich nicht einsetzte als Vorschlag für die Politik der Gewerkschaft bei den KV-Verhandlungen, konnte sie für diesen Vorschlag und für diese Politik keine nennenswerten Kräfte gewinnen, konnte es nicht gelingen, nennenswerte Fortschritte zu machen bei der Entwicklung einer Gewerkschaftspolitik auf dem Boden des Klassenkampfes.

Unsere falsche Haltung in der Frage des Kampfs um die Gewerkschaft hat sich auch darin niedergeschlagen , daß immer noch viele Genossen keine Beziehung zur Gewerkschaft haben, sei es organisatorisch, sei es politisch und ideologisch. Immer noch ist es keine Selbverständlichkeit , daß wir uns für die gewerkschaftliche Organisierung der Werktätigen einsetzen, mit denen wir in Fabrik und Büro zusammenarbeiten, sofern sie noch nicht in der Gewerkschaft sind. Vor allem gilt das in Kleinbetrieben, bei vielen Angestellten, bei Frauen, Ausländern und Jugendlichen. Natürlich kann das nur das Eintreten für die gewerkschaftliche Organisierung auf dem Boden des Klassenkampfs sein. Immer noch kümmern sich viele Genossen kaum um die Fragen der Gewerkschaftspolitik . Immer noch lesen viele Genossen nicht einmal die Publikationen der Gewerkschaft und setzen sich nicht mit der Politik der Gewerkschaftsführung auseinander. Diese Fehler sind von schwerwiegender politischer Bedeutung für den Kampf um die Gewerkschaft. Sowohl erschweren sie es uns, ein genaues Bild von den gewerkschaftlichen Realitäten zu bekommen, den Stellenwert von Gewerkschaftsbeschlüssen in jeder Frage klar zu sehen und so in jeder Frage die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse richtig einzuschätzen, als auch der Politik der bürgerlichen Gewerkschaftler eine konkrete Alternative entgegenzusetzen.

Weil die Politik der bürgerlichen Gewerkschaftsführung die Interessen der Werktätigen denen der Kapitalisten unterordnet, ist es unvermeidlich, daß mit der Verschärfung der Krise immer mehr Gewerkschaftsmitglieder zu der bürgerlichen Führung in Widerspruch kommen. Das ist gut. Es hat zur Folge, daß sich in der Gewerkschaft der Widerstand gegen die falsche Linie der Gewerkschaftsführung regt und anwächst und sich mehr und mehr Kollegen für die Durchsetzung einer richtigen Linie in der Gewerkschaft einsetzen, was ausgezeichnete Ansatzpunkte für die Arbeit der Kommunisten eröffnet.

Andererseits führt dies manchmal auch dazu, daß die Kollegen nicht erkennen, daß die Gewerkschaft zu einem mächtigen Hebel zum Zusammenschluß der Arbeitermassen , zur Formierung ihrer Reihen gegen die Bourgeoisie und zur Aufstellung der Kräfte zum Ansturm auf deren Herrschaft gemacht werden muß und dafür die bürgerliche Linie in der Gewerkschaft besiegt und ihre Vertreter hinausgesäubert werden müssen. Das führt dann dazu, den Kampf aufzugeben oder gar nicht richtig zu beginnen und die Gewerkschaft den Klassenversöhnlern zu überlassen. Das war in den letzten Jahren und Monaten der Fall bei mehreren Gruppen von Postbediensteten und kürzlich auch bei der MFA. Für die Kommunisten kommt es dabei darauf an, die richtigen Ansatzpunkte aufzugreifen, den sozialen Inhalt der Beweggründe dieser Gewerkschaftsmitglieder hervorzustreichen und klarzulegen, ihn der Politik der bürgerlichen Machthaber gegenüberzustellen und mit allen Kräften die Notwendigkeit dessen herauszuarbeiten, was die Gewerkschaft ist : Die Massenorganisation aller Arbeiter, die bereit sind , gegen die Kapitalisten zu kämpfen, damit sie

sich gegenseitig unterstützen und nicht jede Belegschaft auf sich selbst gestellt ist. Die Arbeiterklasse braucht außer ihrer politischen Vorhutorganisation, der Partei, auf jeden Fall eine breite Massenorganisation als Schule des Klassenkampfs, wie zur Verteidigung ihrer elementarsten Interessen und Rechte im Kapitalismus . Diese Massenorganisation ist die Gewerkschaft.

RESOLUTION ZUR ENTWICKLUNG DES LINIENKAMPFES IM ALTEN KB-GRAZ UND ZU DEN NÄCHSTEN AUFGABEN DER GRAZER MARXISTEN-LENINISTEN IM PARTEIAUFBAU

Damit die Kommunisten in Graz die Einheit auf einer richtigen politischen Grundlage herstellen können,müssen sie ein klares Bild von der mehr als zweijährigen Geschichte des KB-Graz,seiner Entwicklung und den Hauptfehlern seiner Politik haben.Nur dann wird es möglich sein,einheitlich und geschlossen jenes Hauptkettenglied in die Hand zu nehmen,mit dem die politische, ideologische und organisatorische Spaltung der Marxisten-Leninisten in Graz überwunden und so die bestmöglichen Voraussetzungen für eine gut funktionierende Ortsgruppe der zukünftigen nationalen Organisation geschaffen werden können.

Der Beginn der organisierten Tätigkeit der Marxisten-Leninisten (ML) in Graz unter dem Proletariat und anderen Teilen des Volkes (Frühjahr 1973-Juni 1974) war in erster Linie durch den Ökonomismus und zwar in seiner klassischen Ausformung gekennzeichnet.Die politisch-ideologische Linie des jungen Zirkels KB Graz war unterentwickelt,es mangelte an Erfahrungen im Klassenkampf,das politisch-ideologische Niveau war gering. Das gab einen guten Boden für die Entwicklung des Ökonomismus ab.

Begünstigt worden ist der Ökonomismus im KB-Graz außerdem durch die Herkunft unserer Organisation aus der revolutionären Studentenbewegung und die Umstände der praktischen Hinwendung zur Arbeiterklasse,bei der wir weder politisch noch organisatorisch an die revolutionäre, kommunistische und Arbeiterbewegung anknüpfen konnten.Der "klassische Ökonomismus",der also die Anfangsphase des jungen Zirkels KB-Graz prägte,besteht darin, die Arbeiterbewegung auf dem wirtschaftlichen Kampf zu beschränken und zu behaupten,aus ihm würde sich schon der politische Kampf

entwickeln.Die ökonomischen Enthüllungen entsprächen in Phasen wenig entwickelter Klassenauseinandersetzungen dem Bewußtsein der Massen,in Phasen entwickelter Massenbewegungen sei der politische Kampf auf der Tagesordnung.

Gegen diese Ausformung des Ökonomismus entwickelte sich ab Mai 1974 bis in den Herbst heftige Kritik in der Organisation. Die Notwendigkeit des revolutionär-demokratischen Kampfes wurde erkannt und das demokratische Programm der Arbeiterklasse wurde studiert,um dann-zwar noch oft reformistisch gestellt-Eingang in unsere Agit-Prop zu finden.

Insofern sich diese Kritik gegen die Beschränkung unserer Politik auf wirtschaftliche Fragen richtete und die Agit-Prop zu politischen Fragen forderte,um den revolutionär demokratischen Kampf als Vorbereitung auf die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat zu führen,war diese Kritik ein Schritt nach vorn und ermöglichte uns in der Folge,eine praktische Politik zu einigen Fragen des politischen Kampfes zu beginnen,führte uns die Notwendigkeit einer umfassenderen Agitations-und Propagandatätigkeit mittels einer Zeitung vor Augen,machte es deutlicher,daß von einem Propagandaverein zu einer revolutionären Kampforganisation übergegangen werden mußte.

Damit war dem Ökonomismus in seiner "klassischen" Ausformung zwar ein Schlag versetzt worden.Er bestand jedoch weiter,ohne daß seine andere Spielart,der "imperialistische Ökonomismus" erkannt worden wäre.Der"imperialistische Ökonomismus" verneint die Notwendigkeit und Möglichkeit des politischen Kampfes,der stets der revolutionär-demokratische Kampf ist,im Imperialismus,er hält ihn für veraltert und unter großem Revolutionsgeschrei wird der politische Kampf und damit die Möglichkeit des Herankommens an die Revolution liquidiert.

Im alten KB-Graz haben sich die Tendenzen des "imperialistischen Ökonomismus "nicht in einer offenen Ablehnung des revolutionär-demokratischen Kampfes geäußert,sondern darin,daß nicht gesehen wurde,was es heißt,umfassend den politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat zu führen.Das drückte sich darin aus,daß in vielen Fragen (z.B.Außen-und Wirtschaftspolitik immer noch der Bourgeoisie vollkommen das Feld überlassen wurde und wir den Massen keinen Vorschlag für eine Politik gegen die Politik der Bourgeoisie machten.Die Tendenzen des "imperialistischen Ökonomismus" äußerten sich auch im Herunterbringen des politischen Kampfes zu einem ökonomischen Kampf.Das zeigte sich vor allem in der Agit-Prop und in der Mobilisierungsarbeit zu Fragen des Staatshaushaltes,wo wir immer wieder in erster Linie die Aussackelei der Massen anprangerten und die demokratischen Forderungen als Forderungen gegen eben diese Aussackelei aufstellten.

Geäußert haben sich diese Tendenzen auch darin,daß wir nicht vom Kampf um die sozialistische Revolution und der gegenwärtigen Lage im internationalen und nationalen Klassenkampf ausgehend unsere Politik bestimmten,sondern willkürlich interessante Fragen herausgriffen und dazu unsere Kommentare abgaben. Auf eine Politik,in der die Kommunisten die Massen in bestimmten Fragen anführen ,orientierten wir uns meist nicht.

Geäußert hat sich diese Tendenz weiters auch darin,daß wir stets dazu neigten,nur eine Seite des Klassenkampfes zu sehen und nicht zu begreifen,daß jede Seite des Klassenkampfes,der wirtschaftliche Kampf,der Kampf um Arbeiterforderungen,wie der Kampf um Demokratie für sich genommen beschränkt bleiben. Nur wenn alle Seiten des Klassenkampfes beachtet werden, stärken sie sich gegenseitig.

Eng mit dem Ökonomismus verbunden war und ist der Subjektivismus. Der Subjektivismus ist der Hauptfehler in unserem politischen Arbeitsstil.Er besteht darin,daß wir "die Wahrheit nicht in den Tatsachen suchen";daß wir in der politischen Arbeit nur von einzelnen, willkürlich herausgegriffenen Erscheinungen einer Sache ausgehen, statt durch eine konkrete Analyse der konkreten Situation in das Wesen der Sache einzudringen; daß wir schematisch und unter dem Blickwinkel einer vorgefaßten politischen Vorgangsweise an eine Sache herangehen, statt die politische Vorgangsweise anhand der Analyse der Sache selbst festzulegen. Der Subjektivismus ist mit dem Ökonomismus untrennbar verbunden. Soweit wir nicht von der gesamten politischen Lage, vom Klassenkampf, von der Revolution ausgehen, sondern von einzelnen Zuständen im Kapitalismus und einzelnen politischen Fragen, sind Erscheinungen des Schematismus und Doktrinarismus einerseits, des Pragmatismus, Spontaneismus, Eklektizismus und der Handwerkelei andererseits unvermeidlich, Erscheinungen, die die Substanz des Subjektivismus bilden.

Im Kampf gegen den klassischen Ökonomismus und gegen das reformistische Stellen der revolutionär-demokratischen Forderungen konnten im Sommer 1974 Teilerfolge erzielt werden,es wurden damals auch Schritte gesetzt in die Kämpfe der Massen einzugreifen und diese Bewegungen auch teilweise politisch zu leiten.Jedoch ist es damals nicht gelungen,die beiden Spielarten des Ökonomismus in ihrer vollen Trageweite bzw. überhaupt zu erkennen und wirkungsvolle Schritte zu deren Beseitigung einzuleiten.

Die Grundlage des Ökonomismus ist die Kapitulation vor der "Stärke" der imperialistischen Bourgeoisie und der "Schwäche" der Arbeiterbewegung.Auf dieser Grundlage findet der Ökonomismus einen guten Nährboden,aber auch andere schädliche Strömungen können auf dieser Grundlage gedeihen.

Daß sich die Kapitulation vor der "Stärke der Bourgeoisie" und der Schwäche der Arbeiterbewegung im Laufe der Zeit auf viele grundlegende Fragen der Politik ausdehnen konnte, hängt damit zusammen, daß nie in umfassenden Festlegungen,augehend von der Einschätzung der Klassenkräfte weltweit und in Österreich unsere Erfahrungen mit Hilfe des ML und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung überprüft, unsere Aufgaben bestimmt und umfassend für die ganze Organisation festgelegt worden waren. Der Verzicht, umfassendere Festlegungen zu treffen, war selbst Ausdruck der Kapitulation.

Die Entwicklung des Meinungskampfes innerhalb der Grazer Kommunisten war und ist geprägt von der Entwicklung des weltweiten Klassenkampfes. Daß es ausgerechnet im Herbst 74 zu den ersten heftigeren Zusammenstößen im KB-Graz kam, hing mit inneren und äußeren Faktoren zusammen. Auf die inneren Faktoren ist oben schon eingegangen worden. Äußerer Faktor war auf jeden Fall, daß sich der internationale und nationale Klassenkampf deutlich verschärft hatten und dies überall sichtbar wurde. Die allgemeine Krise des Imperialimus hatte sich vertieft, die historische Strömung " Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung, Völker die Revolution " hatte angehalten und sich verstärkt. Die Anforderungen an die Revolutionäre und an die Kommunisten in unserem Lande waren größer geworden, beziehungsweise waren wir uns unserer Aufgaben besser bewußt geworden. Die Massen verlangten nach klareren Antworten, der Klassenkampf verlangte ein Mehr an Bewußtheit und mit dem"Sich-Gemütlich- in-den- Zirkelverhältnissen - Einrichten"mußte ein Ende gemacht werden.

Ein Teil der Organisation versuchte nun diesen geänderten Bedingungen gerecht zu werden. Dieser Teil bekämpfte die Tendenzen der Kapitulation vor der Stärke des Imperialismus und der Bourgeoisie und setzte sich dafür ein, daß man die sich verschärfende Krise des Imperialismus unter Anspannung aller Kräfte für die Agitation, Propaganda und Mobilisierungsarbeit gegen das verrottete kapitalistische System und für den Sozialismus nützt.

In der Organisation gab es jedoch auch eine starke Strömung, die vornehmlich auf die Kräfte der Bourgeoisie und des Imperialismus blickte. Diese Strömung ignorierte, daß die sich vertiefende Krise des Imperialismus die Massen zumKampf zwingt- was vor unseren Augen ablief und abläuft - und sie predigte das Zurückweichen und trat praktisch den Rückzug an.

Auf der Grundlage aller dieser Faktoren begannen sich im Herbst 1974 (nach dem Auftreten der Organisation zu den Landtagswahlen) rechtsopportunistische Tendenzen, Tendenzen vor den Aufgaben der Kommunisten zu kapitulieren,zu entwickeln. Im folgenden haben sich diese Tendenzen zu einer rechtsopportunistischen Linie entwickelt und ihre Rechtfertigung in folgenden rechtsopportunistischen Positionen gesucht:

o in der Ablehnung der führenden Rolle des Proletariats im Klassenkampf
o in der Negierung der Vorhutrolle der Kommunisten im Kampf des

Proletariats um seine historischen Ziele.

- o in der falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation, bei der die Geschichte außer Acht gelassen oder unterschätzt wird, bei der nur von den Verhältnissen im lokalen Rahmen und nicht vom Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Reaktion im nationalen und im Weltmaßstab ausgegangen wird und in einer Haltung, nicht dynamisch die Möglichkeit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zu untersuchen, sondern bloß statisch die augenblickliche Situation zu konstatieren.

Geäußert hat sich dieses Kapitulantentum in verschiedener Gestalt:

- o der Demokratische Zentralismus wurde als organisatorisches Prinzip einer kommunistischen Organisation sowohl theoretisch als auch praktisch abgeleugnet. Dahinter steckte auch das krampfhafte Beharren auf den Verhältnissen des Propagandazirkels , der keine geordneten Strukturen braucht.
- o den Versuchen, Schritte in Richtung Kampforgenanisation zu tun, wurde entgegengehalten, " daß man noch zuwenig untersucht habe, daß unsere Kenntnisse zu gering seien und wir erstmal theoretische Studien durchführen müßten.
- o Schließlich wurde jeder Schritt der Agit-Prop - oder Mobilisierungsarbeit durch den Hinweis auf die " großen Unklarheiten" liquidiert.

Eine Seite dieser rechtsopportunistischen Anschauungen besteht in einer Scheu vor und mangelndem Vertrauen auf die Massen. Sie heben das rückschrittliche Element im Denken der Menschen hervor und negieren das fortschrittliche Element und sein Anwachsen ; auf dieser Grundlage trat Furcht davor auf, den Kommunismus zu propagieren, weil man glaubte, damit in Gegensatz zu den Massen zu kommen ; statt sich der Aufgabe, die ideologische Offensive zu entfalten, zu widmen, sollte der Rückzug angetreten werden; die vorgebliche " Meinung der Massen" wurde als Tarnung benützt. Auf dieser opportunistischen Linie gründeten liberale Anschauungen in Organisationsfragen. Denn wo nicht gekämpft wird ist auch der Demokratische Zentralismus überflüßig . So mußte die rechtsopportunistische Strömung eine zersetzende liquidatorische Wirkung auf den KB-Graz ausüben.

Man kann also zusammenfassen, daß ab dem Herbst 1974 die Haupt gefahr für den KB-Graz im Rechtsopportunismus und im Kapitulantentum zu suchen war. Das Zurückweichen davor, Schritte vom Propagandazirkel in Richtung Kampforganisation zu machen, war auch die Ursache der MIßachtung der Notwendigkeit, eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, denn zur bloßen Propaganda braucht man keine Partei.

Die rechtsopportunistischen Positionen und deren Duldung, die immer wieder dazu führten, daß von Teilen der Organisation der Rückzug angetreten wurde, erschwerten es dem alten KB-Graz mit anderen schwerwiegenden Fehlern zu brechen, ja sie überhaupt

in ihrer Tragweite zu erkennen. Es waren dies:

- **o der Ökonomismus vor allem in seiner versteckteren und somit gefährlicheren Ausformung des "Imperialistischen Ökonomismus"**
- **o die Vernachlässigung des Kampfes gegen Reformismus und Revisionismus , sowie des Trotzkismus.**
- **o der Subjektivismus im Arbeitsstil**

Im Laufe des Jahres 1974 wurde für den KB-Graz die Möglichkeit immer stärker geleugnet, von einem reinen Studier-und Propagandazirkel zu einer - in dem beschränkten Sinn, wie es für einen Zirkel möglich ist - Kampforganisation zu werden. Dies zeigte sich auch in einer starken Strömung in der Organisation, wo im Zusammenhang des 1.Mai 1975 vertreten wurde, daß die Unklarheiten zu groß seien, als daß wir öffentlich am ersten Mai mit den Forderungen der Kommunisten auf die Straße gehen könnten. Und dies äußerte sich auch in der Haltung einiger Genossen zur Ausarbeitung eines Rechenschaftsberichts, den sie als rein theoretisierendes Schulungspapier oder konkretinis tische Untersuchungsarbeit verstanden.

Bei den NR-Wahlen im Herbst 1975 wurden von der rechtsopportunistischen Strömung nicht die wirklichen Fehler der Ausrichtung kritisiert, die sich in den Beschlüssen der nationalen Konferenzen und insbesondere in der Ausrichtung des KB-Graz niedergeschlagen hatten.

Kritisiert wurde von der rechtsopportunistischen Strömung unter dem Deckmantel der"Kritik am Propagandistentum" die revolutionäre Propaganda gegen den Kapitalismus und Imperialismus und für den Sozialismus, dem Nachtraben hinter den"wirklichen" Vorstellungen der Massen wurde das Wort geredet und praktiziert wurde die Liquidierung der Agit-Prop der Kommunisten und der Organisierung der Massen.

Die Versuche eines Teils der Organisation, mit den gemeinsam beschlossenen Agit-Prop-Materialien und den von der Leitung herausgegebenen Flugblättern und der Zeitung unter den Massen mit den Ideen der Kommunisten aufzutreten , wurden lächerlich gemacht und als totaler Schlag ins Wasser bezeichnet. Auf konstruktive Vorschläge wurde von den Rechten verzichtet. Auch bei der Agit-Prop zu den NR-Wahlen zeigte sich - wie schon in anderen Fragen vorher - die Schädlichkeit der zentristischen Strömung im KB-Graz, die nach rechts und links scheinbar gleichermaßen Hiebe austeilend, jene Genossen aufs Korn nahm, die um die Aufrechterhaltung einer kommunistischen Politik unter den Massen kämpften. Der Zentrismus stellte sich somit schützend vor den Rechtsopportunismus und begünstigte dadurch die Entfaltung dieser falschen Linie.

Die Ablehnung der Ausrichtung der Leitung zum Auftreten gegen die GVB -Tariferhöhungen (Herbst 1975) war nicht in erster Linie auf die ernsten Mängel dieser Ausrichtung zurückzuführen,

die man hätte korrigieren können, als auf das weitere Zurückweichen der Organisation vor den Aufgaben der Kommunisten, die Massen im Kampf zu führen.
Bei der Einstellung der Zeitung imHerbst 1975 zeigte sich dieses Zurückweichen noch einmal und stärker.

Somit hatte die Mehrheit der Organisation praktisch dem Rechtsopportunismus in allen wesentlichen Punkten nachgegeben. In dieser Situation kam die Einladung zur nationalen Konferenz Anfang Dezember in Wien, wo die KBs und die KG-Klagenfurt die für den Parteiaufbau notwendigen ersten Schritte setzten.

Für die Marxisten-Leninisten in Graz mußte es ab diesem Zeitpunkt klar sein, daß der Kampf um den Aufbau der Partei in unserer Organisation verbunden mit dem Kampf gegen die starke rechtsopportunistische Linie im KB-Graz geführt und gegen diese Linie zugespitzt werden mußte, die seit den NR-Wahlen in allen wesentlichen Fragen unter starker Rückendeckung des Zentrismus beträchtlich an Boden gewonnen hatte.
Denn die Linie des Rechtsopportunismus, die immer massivere Angriffe auf die Prinzipien und Positionen des ML vortrug, und die Linie der Duldung und der Aussöhnung mit dem Rechtsopportunismus, der Zentrismus, hatten die ideologische, politische und organisatorische Spaltung der Organisation schon vor dem offiziellen Entstehen zweier ml Organisation in Graz herbeigeführt. Gerade die zentristische Linie, die die Aussöhnung mit dem REchtsopportunismus predigt, wurde zu lange geringgeschätzt und nicht zurückgewiesen. Sie fand schließlich einen deutlichen Ausdruck bei den Diskussion und im Beschluß der MV des KB-Graz am 21.12.75.
Mit diesem Beschluß wird zwar der Anschein erweckt, den Rechtsopportunismus zu bekämpfen, aber es wird ausdrücklich bestritten, daß es sich dabei um eine Linie handelt, es werden ausdrücklich und falsch jene Genossen, die den Ausschlußantrag gestellt haben und die Absicht, den Rechtsopportunismus zu bekämpfen, bewiesen haben, kritisiert, es wird ihnen eine organisatorisch bornierte Sichtweise vorgeworfen, während der Beschluß selbst anstatt den politischen Kern des Rechtsopportunismus und die falschen Anschauungen zu verurteilen, ausschließlich organisatorische Verfehlungen seiner Hauptexponenten angeführt; es wird der organisatorische Aspekt, ihren Ausschluß zu vermeiden, zum Angelpunkt gemacht; und in der Absichtserklärung für die Zukunft ist nichts zu bemerken, was darauf schließen läßt, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunismus gemacht werden wird.
Die zentristische Strömung zeigte sich auf der MV, auf der es zum Austritt der späteren KG Genossen kam, auch darin, daß Genossen, die immer wieder betonten, daß sie den Rechtsopportunismus bekämpfen wollten, es nicht nur ablehnten, sich auf einer-vielleicht verbesserten-Grundlage mit den Stellern des Ausschlußantrages zu verbinden, sie richteten sogar den Hauptstoß gegen diese. Ausdrücklich wurde immer wieder bestritten,

daß es sich um eine schädliche rechtsopportunistische Linie handelt, die es in erster Linie zu bekämpfen gilt. Auch wenn die Steller des Ausschlußantrages in der Auseinandersetzung eine Reihe politischer Fehler gemacht haben (der Kampf gegen den Rechtsopportunismus wurde oft zusehr nur auf die Personen zugespitzt, die Antragsteller hatten sich zu wenig bemüht im positiven Sinne und umfassend ihre Vorstellungen darzulegen, sie machten auch Fehler in der Überzeugungsarbeit) so ist es nicht zu entschuldigen, daß jene Genossen, die die zentristische Strömung representierten, auf die konkrete Untersuchung, welche Abweichung zum gegebenen Zeitpunkt die wahre Hauptgefahr darstellt, verzichteten und durch das "Prinzip" der Ausgewogenheit ersetzten. Dies mußte in Wirklichkeit dazu führen, daß unter dem Deckmantel des "Kampfes gegen Opportunismus" der Kampf gegen die revolutionäre Linie, bewußt oder unbewußt, geführt wurde.

Auch mit dieser schädlichen Haltung müssen vor allem wir Grazer Marxisten Leninisten entschieden brechen. Wir sollten dabei immer die Aussage des Genossen Stalin vor Augen haben: "Der Zentrismus darf nicht als räumlicher Begriff betrachtet werden: an einer Seite sitzen, sagen wir, die Rechten, an einer anderen die "Linken" und in der Mitte die Zentristen. Zentrismus ist ein politischer Begriff. Seine Ideologie ist die Ideologie der Anpassung, die Ideologie der Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Kleinbourgeoisie innerhalb einer gemeinsamen Partei. Diese Ideologie ist dem Leninismus fremd und widerwärtig." (Stalin Werke 11, S.25o)

DIE AUFGABEN DER GRAZER MARXISTEN-LENINISTEN BEI DER VORBEREITUNG DER GRÜNDUNG DER NATIONALEN ORGANISATION

Für die Grazer ML kommt es wie für alle österreichischen ML in erster Linie darauf an, ihre ganze Politik darauf auszurichten, den besten Beitrag zur Gründung der nationalen ml-Organisation auf einer richtigen Linie zu leisten. Dazu müssen die Beschlüsse der Wiener und Linzer Konferenz entschlossen befolgt und in die Tat umgesetzt werden. Vorgegangen muß dabei werden auf der Leitlinie : " Die politisch-ideologische Linie durch die Verbindung der allgemeingültigen Aussagen des ML mit den konkreten Verhältnissen in Österreich entwickeln, die politisch-ideologische Linie unter der Arbeiterklasse und im Volk ver-

ankern und die Verbindung mit den Massen stärken, die Einheit aller wirklichen ML auf dem Boden einer klaren und richtigen politisch-ideologischen Linie in der Partei herstellen."
(Wiener Konferenz)
Von größter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang für die Grazer wie für alle österreichischen ML die Auseinandersetzung um unser Programm, das ein Kampfprogramm sein muß, um unsere taktische Hauptresolution, die die Lage in der Welt und in Österreich und die Aufgaben der Kommunisten richtig umreissen soll, damit die zukünftige nationale Organisation eine richtige Taktik im Klassenkampf entwickeln kann und um das Statut, damit wir auch einen gut organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus schaffen können.
Die Grazer ML haben bei der Konkretisierung dieser Ziele besondere Aufgaben :
Sie müssen nicht nur die Auseinandersetzung um die Schaffung bester Vorbedingungen für die Gründung einer nationalen Organisation verbinden mit dem Kampf gegen alle Strömungen , die dem entgegenstehen, sondern sie müssen in erster Linie und hauptsächlich mit dem Rechtsopportunismus und dem Kapitulantentum in ihren Reihen brechen und den Zentrismus als politische Haltung verurteilen, weil dies die Strömungen waren, die zur politisch- ideologischen und schließlich zur organisatorischen Spaltung der ML in Graz führten und die die Einheit der Grazer ML auf richtiger Grundlage verhinderten.

Ergreifen sie diese Aufgabe als Hauptkettenglied,dann werden sie entscheidende Schritte setzen, um mit den übrigen ernsten Fehlern in den Reihen der Grazer Kommunisten zu brechen :
Z.B. mit Positionen, die im Zusammenhang mit der Gründung der nationalen Organisation aufgetaucht sind,, die unsere Mängel in der Erarbeitung in der politischen Linie , unsere Schwächen in der Massenarbeit und unsere äußerst geringe Verbindung mit den Massen zum Anlaß nehmen, zu überlegen, ob nicht der Zusammenschluß etwas übereilt und damit Einheit vor Klarheit ginge. Kern dieser Positionen ist es, nicht die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um noch vor der Gründung des KB Österreich einen Teil der Schwierigkeiten beiseite zu räumen, und bestmöglichen Voraussetzungen für eine gute Ortsgruppenarbeit zu schaffen. Sie laufen darauf hinaus, am Zirkelwesen festzuhalten und vor den Anstrengungen zu kapitulieren. Diese falsche Haltung geht oft einher mit falschen Idealvorstellungen von der zukünftigen nationalen Organisation, dengegenüber sich dann die wirklichen ideologischen , politischen und organisatorischen Kräfte , auf die wir uns stützen werden können, natürlich armselig ausnehmen. Es liegt auf der Hand, daß solche falschen Idealvorstellungen oft nur Argumente vor dem Zurückweichen vor den Aufgaben liefern.

Aber auch der Ökonomismus in jeder Gestalt, der Subjektivismus im Arbeitsstil, Positionen des Reformismus und Revisionismus in unseren Reihen und auch Fehler bei der Führung des Meinungskampfes können dann ausgemerzt werden.

Im Meinungskampf muß der Liberalismus , das Predigen des Pluralismus und das Dulden verschiedener Positionen in einer Organisation auf längere Zeit ausgemerzt werde n, weil solch schädliche Haltungen auf die Negierung der Wahrheit, daß die Richtigkeit der politischen Linie alles entscheidet , hinausläuft.
Neben dem Bruch mit diesem Hauptfehler im Meinungskampf muß aber auch mit Nebenfehlern, wie der Geringschätzung von Schwierigkeiten in der Organisation, und dem fehlerhaften Vorgehen bei der Überzeugungsarbeit, das sich darin äußert , daß man zuwenig auf Tatsachen gestützt von der Richtigkeit oder Falschheit verschiedener Vorstellungen überzeugen will, gebrochen werden.

Gebrochen werden muß auch mit dem Liberalismus in organisatorisch Fragen, der sich darin äußert, daß Laxheiten, unkontinuierliche Mitarbeit in den Zellen, keine Anstrengungen der Genossen, die Organisation und sich selbst weiterzubringen und grundlegende Differenzen längere Zeit in ein und derselben Organisation existiren ohne sie auszuräumen oder organisatorische Konsequenzen zu ziehen, toleriert und entschuldigt werden. Gerade bei den Vorbereitungen , einen Kampftrupp der österreichischen Arbeiterklasse zu schaffen, müssen wir klare und verbindliche Kriterien an die Mitglieder und Kandidaten der zukünftigen Ortsgruppe anlegen. Auch dies wird eine Voraussetzung für das Funktionieren der zukünftigen Ortsgruppe sein.

KLASSENKAMPF

JUNI 1976 mit dem Leitartikel

"BREITE FRONT GEGEN MINDERHEITENFESTSTELLUNG"

ist erschienen.

Erhältlich bei: KB Graz, Griesplatz 36/I
8o2o , Tel.: 94 13 12

Rechtlosigkeit der Massen für die umfassende Demokratie für das Volk zum Zweck der sozialen Umwälzung kämpft, um mit der Machtergreifung durch das Proletariat solche sozialen Verhältnisse zu schaffen, die die Abtreibung mit der Zeit faktisch unnötig machen, ging dabei verloren.

Somit wurden die Kommunisten radikale Verfechter der Abtreibung, aber nicht Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren für den Sturz der bürgerlichen Ordnung und des Aufbaus des Sozialismus.

Beim Eingreifen in die Bewegung gegen die Suspendierung fortschrittlicher Lehrer setzte sich eine vollkommen rechte Linie durch, die ganze Frage auf eine moralische Ebene herunterzuspielen, um sie darauf belassen zu können. Nicht mehr wurde gesehen, daß beispielsweise die Schüler und Eltern in Bruck - ob es ihnen bewußt war oder nicht - einen Kampf führten auf der Linie der Forderung " Wahl der Lehrer durch das Volk",wobei sie das Recht beanspruchen, über die Anstellung eines Lehrers oder seine Entlassung selbst zu entscheiden. Nicht mehr wurde davon ausgegangen, daß wir diese im Kampf schon angelegte Stoßrichtung nur herausarbeiten und sie als Verallgemeinerung der Ziel dieses bestimmten Kampfes entwickeln müssen - womit sich auch notwendigerweise sehr schnell die Frage nach der politischen Macht stellt, wer sie hat und wer sie erobern muß, welchem Zweck sie dient und welchem Zweck sie dienen soll. Ergebnis war hingegen eine auf Lehrer beschränkte Unterschriftenaktion, die die Frage der Demokratie auf eine Lehrerfrage herunterbrachte.

Demgegenüber müssen wir festhalten, daß in allen Fragen des demokratischen Kampfs, nur eine solche Politik dem Kampf um den Sozialismus dient, die dazu beiträgt, daß die Arbeiterklasse zur führenden und vorwärtstreibenden Kraft darin wird, die den Zusammenschluß des Volkes gegen den Staat unter der Führung der Arbeiterklasse voranbringt, was sich auch darin niederschlagen muß, daß der Schwerpunkt der politischen Arbeit auf das Industrieproletariat gelegt wird.

Die genannten Fehler und Mängel haben die Gemeinsamkeit, daß sich in ihnen in besonders krasser Weise die ökonomistische BEschränktheit unserer Politik zeigt , daß sich insbesondere die Auswirkungen und Tendenzen des " Imperialistischen Ökonomismus" zeigen. Auswirkungen von Unklarheiten darüber,"wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und dem Kampf um die Demokratie in Verbindung zu bringen ist, genauso wie der ' Ökonomismus' seligen Angedenkens es nicht verstand den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen." (LW 23, S.4) Ökonomismus bedeutet die"Ignorierung des politischen Kampfes, heute, jetzt, sofort und jederzeit" (ebenda), die Vernachlässigung bzw. Ablehnung des Ansetzens an jeder Frage der Politik und ihrer Behandlung im revolutionär-

demokratischen Sinn, die kampflose Kapitulation in vielen politischen Fragen vor der Bourgeoisie, Planlosigkeit und Schwankungen, Handwerkelei und Willkür in der Behandlung politischer Fragen .

Die rechtsopportunistische Kritik an unserer Politik setzte und setzt hingegen genau an den Punkten an, wo versucht wird, die Beschränktheit der Sichtweise vom Klassenkampf zu durchbrechen und Schritt für Schritt abzubauen, wo versucht wird, die Massen für bestimmte politische Teilziele auf der Linie der revolutionären Demokratie gegen den Staat zusammenzuschließen und Fortschritte bei der Organisierung des Klassenkampfs gegen die Bourgeoisie zu machen. Mit der Schwäche der Kommunisten als Argument und einer vorgeblichen"Meinung der Massen" werden die Versuche, die Massen überhaupt in irgendeiner Frage auf der Linie des demokratischen Kampfes zu organisieren als " massenfeindlich" und "sektiererisch" diskredidiert, damit wird die Aufgabe der Kommunisten geleugnet und ihre Erfüllung verunmöglicht, nämlich in allen Fragen des demokratischen Kampfs die konsequente und bewußte Wendung der Massen gegen den bürgerlichen Staat zu fördern und Klarheit darüber zu verbreiten, daß die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse in dieser Gesellschaft die Ursache der Unterdrückung in jeder Gestalt ist und daß alle Übel in dieser Gesellschaft nur beseitigt werden können, wenn diese Wurzel ausgerissen wird, das heißt wenn die Arbeiterklasse die Macht ergreift und damit die sozialen Verhältnisse umwälzt.

WEnn wir uns auf die Massen stützen und in ihren Kämpfen von ihnen lernen und von ihren realen Kämpfen ausgehen und deren demokratischen Chrakarakter auf den Begriff der demokratischen Forderungen bringen, um die Demokratie als bewußtes Kampfziel in die Volkskämpfe hineinzutragen und so die Frage der politischen Macht zum Zweck der sozialen Umwälzung aufwerfen, werden wir wirklich sektiererische und opportunistische Abweichungen überwinden können

Mit solchen Fehlern wird man dann aber nicht fertig, wenn aus den Mißerfolgen, die solche Fehler mit sich bringen, die Scheu vor den Massen verstärkt wird, einzelne Kämpfe und Bewegungen aus dem Gesamtzusammenhang des Klassenkampfs herausgelöst und isoliert " betrachtet" werden, was ausgezeichnete Voraussetzungen dafür sind, das rückschrittliche Element im Denken der Menschen hervorzuheben und das fortschrittliche Element und sein gegenwärtiges Anwachsen zu negieren.

Das führt unweigerlich zu opportunistischen Zugeständnissen an Reformismus und Revisionismus, zur Kapitulation vor der Aufgabe der Kommunisten, Vorkämpfer der Arbeiterklasse zu sein; es führt dazu, daß die Versuche vor diesen Verlockungen nicht zu kapitulieren und an der richtigen grundlegenden Linie festzuhalten als Dogmantismus und Aktionismus bekämpft und dem gegenüber Spontaneismus und Nachtrabpolitik propagiert werden. (Tariferhöhungen Nov. 75 und Frühjahr 1976, Nationalratswahlen1975)